

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Juli/August 1977

Evangelische Verantwortung

Heft 7 – 8/1977

Europa muß werden

Lieber Leser!

Die Frage nach Europa wird immer drängender diskutiert. Erst vor einigen Tagen nahm ich an einer Veranstaltung des politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing teil, die unter dem Leitthema: „Die europäische Einigung im Konflikt der Interessen“ stattfand und in deren Verlauf auch leidenschaftlich um Europa gerungen wurde.

Wir alle begrüßen es, daß am europäischen Horizont langsam ein Silberstreifen sichtbar wird.

Auf den hohen Ebenen der Staats- und Regierungschefs, der Außenminister, in der Kommission in Brüssel, aber auch unten vor Ort entsteht in den letzten Monaten eine seit langem nicht mehr bekannte Bewegung, dieses Vereinigte Europa endlich doch zu schaffen, große Sprünge voran zu tun. Man begreift, daß Europa nur überleben wird, wenn es sich einigt. Man begreift auch inzwischen, wie die Sowjetunion die letzten Jahre genutzt hat, den Integrationsprozeß in Europa durch vielschichtige, feine oder gröbere Maßnahmen zu verlangsamen, in der Hoffnung, daß durch Vergrößerung des Zeitablaufes der Einigungsprozeß vielleicht überhaupt einschläft.

In der Tat, Europa war aus vielen Gründen in eine schwere Krise geraten.

Am Anfang standen drei große Christliche Demokraten; Adenauer, Schumann und de Gasperi. Hinter ihnen lagen Jahrzehnte der Enttäuschungen, daß Europa nicht zustande kam, lagen Schreckensherrschaften, deren Entstehen zu einem Teil auch diesen Enttäuschungen zu verdanken sind, lag vor allem der zweite Weltkrieg. Ihre Vision: Endlich Europa einigen, endlich diesem Europa Geschlossenheit und Kraft zu geben, auf daß es in Freiheit überleben kann. Sie setzten sich an's Werk, sie zeichneten das große europäische Bild in großen Strichen, sie verloren sich nicht in dem fast immer zerstörerischen Detail.

Seit zwei Jahren fängt man an zu begreifen, daß die Krise in Europa nur überwunden werden kann,

wenn endlich die Politiker zum Handeln bereit sind. Die Staats- und Regierungschefs beauftragten daher einen der ihren: den belgischen Christlichen Demokratischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans, Pläne zu entwickeln, die Europa voranzubringen geeignet sind. Der Skandal aber ist, daß sie den dann vorgelegten Bericht nicht ernsthaft behandelt haben. Er ist „schubladisiert“.

Die Antriebskräfte Europas waren die Christlichen Demokraten. Sie sind es heute stärker denn je. Sie finden in den Konservativen und auch in den Liberalen Unterstützung; die eine oder andere unabhängige Gruppe hilft. Alle großen Pläne aber für Europa – wie der Bericht Leo Tindemans oder der Bericht des früheren belgischen Ministers, Senators und Vorsitzenden der CD-Fraktion des Europäischen Parlamentes Bertrand – wurden von Christlichen Demokraten geschrieben. Es gibt keinen einzigen Bericht, der den Namen eines Sozialisten trägt. Ich schreibe dies nicht triumphierend, sondern mit dem ausdrücklichen Wort des Bedauerns. Um wieviele weiter könnte Europa gekommen sein, wenn über die politischen Parteien hinweg die Grundlinien Europas gemeinsam und mit Nachdruck verfolgt worden wären.

Die Zähigkeit, mit der Tindemans und die Christlich Demokratische Fraktion im europäischen Parlament, die Entschiedenheit mit der die europäische Union Christlicher Demokraten und die durch sie gegründete Europäische Volkspartei ihre Aufgabe wahrnehmen, geben uns die feste Zuversicht, daß wir die Einigung Europas erleben werden, wenn das Europäische Parlament direkt gewählt wird, wenn ihm dann auch die natürlichen Vollmachten zuwachsen, die erst ein demokratisch gewähltes Parlament zu einem wirklichen Parlament machen.

Unbestritten aber ist, daß sich nun nach diesen Entscheidungen für die Direktwahl die politischen Parteien auch den Konsequenzen zuwenden, die sie bringen. Mit über 50 Parteien und 50 Programmen in neun Ländern kann man kein arbeitsfähiges Parla-

ment schaffen, mit dem große Politik gemacht werden kann. Es ist also nötig, den europäischen Dimensionen angepaßte Parteien zu schaffen.

Das Jahr 1976 brachte dazu drei große Entwicklungen: die Christlichen, die Liberalen, die Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien schlossen sich zu ihren europäischen Parteien zusammen: Dem Bund Sozialdemokratischer Parteien, der Föderation der Liberalen Parteien und der Europäischen Volkspartei, einer Föderation der christlich demokratischen Parteien der Länder der Gemeinschaft. Die Frage der Einbeziehung der Konservativen Großbritannien und Dänemarks oder der Gaullisten Frankreichs ist noch in der Schwebe. Auch diese Frage wird gelöst.

Im Jahre 1977 schreiben alle drei Gruppierungen ihre Programme. Die Europäische Volkspartei unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Tindemans wird auf ihrem ersten Europa-Kongreß am 1. Dezember 1977 dieses Programm verabschieden.

Die CDU sieht nun ihr europäisches Engagement immer auch vor dem Hintergrund ihrer deutschlandpolitischen Verpflichtung. Berlin wird in dieses Europa mit eingebracht, mit allen Rechten – ausgenommen nur das der Bestimmung der drei Berliner Abgeordneten des Europäischen Parlamentes. Sie werden – wie beim Bundestag – durch das Abgeordnetenhaus gewählt.

Die europäische Entwicklung darf keine negativen Auswirkungen haben auf die in der Präambel des Grundgesetzes, der gemeinsamen Entschließung des Bundestages vom 17. Mai 1972 und dem bekannten Urteil des Verfassungsgerichtes festgelegten Prinzipien der Deutschlandpolitik. Es ist gewiß nicht einfach, alle europäischen Partner und ihre europäischen Abgeordneten immer wieder für die Bereitschaft zu gewinnen, das nationale deutsche Anliegen zu sehen, es zu würdigen und es – gegen den zu erwartenden, harten Widerstand der kommunistischen Abgeordneten – auch zu ihrem eigenen, also einem europäischen Anliegen zu machen.

Nichtkommunisten in Europa sollten eigentlich begreifen, daß Deutschlandpolitik auch alle anderen angeht, nicht nur die Deutschen. Wer sich zu Helsinki und seinen Menschenrechtsregelungen bekennt, sollte also auch Verständnis für unsere Deutschlandpolitik haben. Das gilt vor allem auch gerade dann, wenn man weiß, wie sehr Europa militärisch und politisch durch den Osten bedroht ist.

Wer das sorgfältig abwägt, kommt zu dem Schluß, daß Europa in zehn Jahren kein freier Teilkontinent mehr sein wird, wenn es sich nicht endlich zusammenfindet. Und diese Erkenntnis sollte dazu beitragen, das heute noch ungelöste Problem der Popularisierung Europas und der Direktwahl zu lösen. Der Schwung der 50er Jahre, der zu einer großen Wahlbeteiligung für Europa geführt hätte, ist

Kai-Uwe von Hassel war über viele Jahre Präsident bzw. Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Seit einigen Wochen ist er Präsident der Westeuropäischen Union (WEU); zugleich hat er mehrere Spitzenpositionen im Bereich der europäischen christlich-demokratischen und konservativen Bewegung inne. Seit vielen Jahren ist er stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU und leitet darüber hinaus als Vorsitzender die Hermann-Ehlers-Stiftung mit Sitz in Kiel.

verraucht. Die damalige große Hoffnung der jungen Generation ist der Skepsis gewichen. Enttäuschte Jugend, jetzt in die aktivsten Jahre hineingewachsen, ist sehr schwer reaktivierbar. Enttäuschte Liebe führt nach zwei Jahrzehnten nur in seltenen Fällen zum Wiederaufleben „der alten, schönen Zeit“.

Wie also gewinnt man die Bevölkerung wieder für die – nach meinem Dafürhalten letztmalige – Möglichkeit, Europa zu schaffen? Zunächst sicher durch äußersten Fleiß aller politisch Interessierten und Verantwortlichen. Die Motivierung der Bürger muß durch unablässige Darstellung der wirklichen Lage geschehen, in der sich diese Welt befindet mit ihrer Kräftebedrohung durch den geschlossenen Ostblock, die politische Aktivität der Kommunisten in vielfältiger Gewandung in den Staaten der freien Welt auf der einen und der Darstellung der Chancen des freien Bürgers in einem freien Europa auf der anderen Seite.

Wenn die Völker Europas begreifen würden, daß hier alle Entspannung wollen, sie sie aber nur erreichen, wenn wir gemeinsam in Festigkeit eine gemeinsame Politik betreiben, wenn man nach dem französischen Wort handelt, daß „Detente eine Entente“ voraussetzt. Statt dessen ist man im Westen beglückt, wenn ein Papier in möglichst schönes Leder gebunden vor den Fernsehkameras besiegelt wird. Ein Papier schützt nicht vor sowjetischem Imperialismus.

Jeder Kenner der sowjetischen Politik weiß, daß eines ihrer großen Ziele die Verhinderung der europäischen Gemeinschaft und ihres Überganges in die europäische Union ist.

Wir im Westen haben es den Sowjets nicht schwer gemacht, durch Egoismus und Nationalismus, durch Kurzsichtigkeit, durch Widerwillen, durch fehlendes Engagement die Erreichung dieses Zieles ihnen zu erleichtern. Wir alle heben nun noch einmal an, Europa zu schaffen. Wir wollen ein freiheitliches und pluralistisches Europa. Wenn sich die großen Parteien Europas darin einig sind, werden wir dieses Ziel auch erreichen.

Ich begrüße es auch in meiner Eigenschaft als stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien, daß in dieser Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ der stellvertretende Landesvorsitzende des EAK der CSU, Justizminister Dr. Karl Hillermeier der Frage nachgeht, welche Aufgaben der Protestantismus in Europa wahrzunehmen hat. Und ich bin einig mit ihm, daß zur Gestaltung eines lebendigen und freien Europas weder auf den deutschen noch auf den europäischen Protestantismus verzichtet werden kann. Was neben den großen politischen Zusammenschlüssen vor allem Not tut, ist eine Allianz der geistig-freiheitlichen Kräfte, ein Zusammenschluß, der weit über eine Bindung der Unionsparteien an christlich-demokratische Kräfte hinausgeht.

In diesem Sinne grüße ich Sie herzlich

Ihr

Karl Hillermeier

Ministerielle Erlasse statt parlamentarischer Gesetze regieren die Schule

Vor dem Ende einer 150jährigen Praxis?

Klaus Goebel

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat mit seiner Feststellung, Unterrichtsinhalte und -ziele, wie auch die Organisation der Schule – seien durch den Gesetzgeber zu regeln –, die bundesdeutschen Kultusminister in eine nicht geringe Verlegenheit gebracht. Denn ohne entsprechende Gesetze werden in den Ländern der Bundesrepublik Richtlinien erlassen, Lehrpläne verkündigt und Reformmaßnahmen durchgeführt.

Wer die Kontinuität deutscher Schulpolitik kennt, den verwundert dieser Tatbestand kaum. Als anno 1817 – Europa hatte gerade das Joch Napoleons abgeschüttelt – in Preußen das Kultusministerium begründet wurde – erfolgte an dem Tag, an dem Herr von Altenstein die Ministerurkunde erhielt, auch die Installierung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Unterrichtsgesetzes. Der neue Minister konnte nicht ahnen, daß im größten deutschen Bundesstaat noch hundert Jahre später dieses Gesetz nicht zustandegekommen sein würde.

Altensteins Rat Süvern, schon Humboldts Mitarbeiter, entwickelte damals seinen berühmten Gesetzesentwurf einer christlich-humanistischen Gesamtschule. Doch die rauen Stürme der Metternichschen Restauration zogen herauf. Der Entwurf verschwand in der Schublade. Süvern starb, wie Franz Ludwig Zahn formulierte, „an dem Schmerz über Vertagung des Schulgesetzes und über die Hemmung seiner Wirksamkeit“. Altensteins Nachfolger stolperten der Reihe nach über ihre Gesetzeskonzepte. Einer von ihnen veröffentlichte Mitte des Jahrhunderts alle bisherigen Entwürfe. Eduard Spranger konnte diese Sammlung später mit feinem Lächeln die „Katakombe“ nennen, in der die preußische Schulgesetzgebung begraben sei.

Obwohl in Preußen Minister kamen und gingen und mit ihnen immer neue Gesetzesentwürfe, ob-

wohl sogar schon einige deutsche Staaten im Taschenbuchformat längst Schulgesetze dekretiert hatten, mußte die deutsche Führungsmacht einer gesetzlichen Regelung ihrer Schulverhältnisse entbehren. Berlin behalf sich mit Erlassen. Zwei davon erlangten besondere Bedeutung: die „Stiehlschen Regulative“ von 1854 (Handschrift und Vaterschaft: Geheimrat Ferdinand Stiehl) und – nach jahrelangen heftigen Anfeindungen dieser Regulative besonders von liberaler Seite – die „Allgemeinen Bestimmungen“ von 1872 (Handschrift: Stiehls Nachfolger Karl Schneider, Unterschrift und Vaterschaft: Kultusminister Falk). Der Volksschule des industriellen Zeitalters setzten diese Allgemeinen Bestimmungen Maß und Rahmen. Eine Analyse hat ergeben, daß der darin enthaltene Fächerkanon und Lehrplan in der heutigen Grund- und Hauptschule weitgehend wiederzufinden ist. Staatsräson und wirtschaftliche Notwendigkeiten bestimmten die Kultusbürokratie, sich den veränderten Lebensbedingungen und wachsenden Bevölkerungszahlen pragmatisch anzupassen. Dabei gab das ständige Ringen mit den Finanzministern um höhere Dotierungen, neue Schulen und Lehrerseminare den jeweils größten Verzögerungsfaktor ab.

Ein Parlament hat die alten Regulative und Bestimmungen ebensowenig ratifiziert wie alle anderen Erlasse und Verfügungen. Debatten um die Schule haben Volksvertretungen und Öffentlichkeit in Preußen und anderen deutschen Staaten bis weit in die Weimarer Zeit hinein an den Rand des offenen Kampfes, der Spaltung und ideologischen Kreuzzugsstimmung gebracht. Auch nach 1918, als das deutsche Reich die Kulturhoheit übernahm, kam man über ein Grundschulgesetz nicht hinaus. 1922, 1925 und 1927 scheiterten Entwürfe zu einem Reichsschulgesetz. Die Schule wurde wie zu Kaisers Zeiten durch Erlasse regiert.

Es bedurfte schon der Machtsprüche allein herrschender Einheitsparteien im Dritten Reich nach 1933 und in der Sowjetischen Besatzungszone nach 1945, um eine einheitliche Gesetzgebung zu schaffen. Sie setzte jedoch angesichts der Feigenblattfunktion der jeweiligen Parlamente nur Regierungsvorstellungen durch. Es dürfte zu den Konsequenzen des Kasseler Spruchs gehören, daß sich die demokratisch gewählten Länderparlamente unter

Aus dem Inhalt

Europa muß werden Kal-Uwe von Hassel	1
Ministerielle Erlasse statt parlamentarischer Gesetze regieren die Schule Klaus Goebel	3
Europa und der Protestantismus Karl Hillermeier	4
Über den politischen Dienst der EKD Erwin Wilkens	7
Kirchentag '77 – Berichte	11
Schwarz-Rot-Gold wird in Windhuk eingeholt Herbert Hupka	14
Auseinandersetzung ESG – EAK Köln geht weiter	15
Neue Anschrift der EAK-Bundesgeschäftsstelle	15
Aus unserer Arbeit	16
Terminvorschau: EAK Landes- tagungen in Uelzen und Neuss	16

Beachtung der Rahmenkompetenzen des Bundes in Zukunft auch jener Schulmaterien anzunehmen haben, die ein Gewohnheitsrecht bisher den Kultusbürokratien überließ. Denn die eigentliche Verantwortung für Richtlinien, Inhalte und Organisationsformen im Schulwesen trägt die Volksvertretung. Deren Strukturen ließen bis 1918 einen Vorrang der Regierung in der Leitung des Schulwesens zu. Die Ära dieser Erlasse sollte heute vorüber sein.

Europa und der Protestantismus

Karl Hillermeier

Nachdem vor wenigen Tagen die Direktwahlakte die französische Nationalversammlung nach harten Auseinandersetzungen passiert hat, dürfte die Durchführung der ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai oder Juni 1978 als gesichert gelten. Mit dieser Direktwahl wird ein wichtiger Schritt hin auf ein Europa der Bürger eingeleitet. Ein Europa, welches nicht mehr nur einen von oben bewirkten Zusammenschluß von nationalen Regierungen darstellen wird, sondern ein Europa, welches gestaltet werden wird durch die politische Willenskundgebung von 180 Millionen wahlberechtigten Europäern. Der Verfasser des folgenden Beitrags Justizminister Dr. Karl Hillermeier ist u. a. stellvertretender Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU.

Die Europapolitik stellte sich uns in den letzten Jahren oft dar als eine gewaltige Anhäufung von Bürokratien, Marathonverhandlungen und Agrarpreisverordnungen — um nur einiges zu nennen. Europa spielte sich über den Köpfen der Bürger ab und wurde zu einem Gebilde ohne die Dynamik und die Innovationskraft lebendigen politischen Lebens. Mit der Direktwahl bietet sich jetzt erstmals die Chance, die Völker Europas für die weitere Einigung zu mobilisieren und einen guten Schritt weiterzukommen.

Für die Parteien ist Europa wieder ein erstrangiges Thema geworden; auch in der Berichterstattung der Medien ist es wieder in den Vordergrund gerückt. Die drei großen Parteigruppierungen haben sich auf europäischer Ebene zusammengeschlossen und prominente politische Persönlichkeiten wie Willy Brandt und Franz Josef Strauß, wie Tindemans, Thorn und Mitterrand haben ihre Kandidatur angekündigt.

Dieser Prozeß ist mit Nachdruck zu begrüßen. Ich bin fest davon überzeugt, daß diese Wahl einen Wendepunkt darstellen wird: hin zu einem demokratisierten, pluralistischen und bürgernahen Europa, welches im Innern Freiheit und Selbstbestimmung verwirklicht und welches nach außen mit einer

Stimme für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie auftritt.

Die 70er Jahre haben uns einige politische und wirtschaftliche Probleme schärfer vor Augen geführt als wir sie noch vor etwa zehn Jahren gesehen haben. Ich darf an einige Punkte erinnern:

- Die Rohstoff- und Energieversorgung Europas
- das Problem eines wirkungsvollen Umweltschutzes
- die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation
- die verstärkte militärische Bedrohung durch die Sowjetunion
- und nicht zuletzt denke ich auch an eine Reihe internationaler Probleme wie den Nord-Süd-Dialog und die Diskussion um die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

In dieser Zeit, in der die europäische Einigung zu einer immer wichtigeren Schicksalsfrage für die Völker Europas wird, ist die Frage aufzuwerfen, welchen besonderen Beitrag die Kirchen und vornehmlich die evangelische Kirche für die Vereinigung Europas leisten können.

Die Protestanten — sie machen ca. 40 % der Bevölkerung der EG-Staaten aus — sind wie jede andere Bevölkerungsgruppe aufgerufen, an der gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung mitzuwirken.

Wenn wir einen Blick in die Geschichte werfen, erkennen wir, daß die Kirchen sogar in einem besonderen Maße aufgerufen sind, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Europa, so wie es geworden ist und heute vor uns steht, ist ohne die prägende Kraft der christlichen Theologie und Philosophie, ohne die spezielle Mitwirkung der Kirchen gar nicht vorstellbar. Das gilt, obwohl sich viele Europäer vom Christentum abgewandt haben, ihm gleichgültig gegenüberstehen oder es sogar aktiv bekämpfen. Dabei ist jedoch anzumerken, daß auch der Atheist mit seiner Denkhaltung auf den geistigen Leistungen von Generationen christlicher Philoso-

phen und Theologen aufbaut. Das Europa von morgen gestalten zu wollen ohne die Mitwirkung der Christen würde zu einem radikalen und ungesunden Bruch mit der historischen Kontinuität führen.

Der anglikanische Erzbischof von Canterbury, Michael Ramsey, sagte 1974 in einer Predigt anläßlich der Konferenz „Christen und die Europäische Gemeinschaft“ in London:

„Aber diese praktizierenden Christen, katholisch oder protestantisch oder orthodox, haben einen Glauben, in dem das Geheimnis Europas beschlossen liegt.“

Ich führe ein weiteres Zitat an, das diesen Gedanken vertieft. In dem vor vierzig Jahren erschienenen Buch „Europa“ von August Winnig heißt es in der Sache ähnlich:

„Europas Ursprung ist das Bekenntnis zum Kreuz. Dieses Bekenntnis verwandelte die Vielheit der Völker zwischen Nordmeer und Mittelmeer zur Einheit. Es schuf den geistigen Raum, in dem sie alle zu Hause waren und verband sie zu einer Gemeinsamkeit, die es vorher nicht gab. Ohne diese Gemeinsamkeit hätte nie ein Europa werden können...“

Europas Kultur ist entstanden aus der Synthese von Christentum und Hellenismus. Die christliche Theologie hat vor allem zwei Leitideen in das historisch gewordene Europa eingebracht.

Als erstes möchte ich auf die Anerkennung des Individuums verweisen. So ist der europäische Liberalismus, der mittlerweile über die ganze Welt verbreitet ist, eine Auswirkung der biblischen Verkündigungslehre. Auch die Ideen der Französischen Revolution sind ohne die christliche Botschaft undenkbar. Diese beiden Beispiele zeigen deutlich, wie christliches Denken sich auch außerhalb der verfaßten Kirchen, gelegentlich sogar im Bündnis mit antikirchlichen Kräften, durchsetzt.

Ein weiterer großer Gedanke, der im Christentum angelegt ist, ist die Idee der sozialen Gerechtigkeit.

Deshalb wirkt das Evangelium nicht konservierend, sondern verändernd, neuordnend. Ich darf an dieser Stelle in Erinnerung rufen, daß 1848 Johann Hinrich Wichern seine sozialen Forderungen auch unter einer europäischen Dimension sah, wenn er vom „enthüllten Europa“ sprach. Darunter verstand er den Willen, Europa seine neue, seinem geschichtlichen Ansatz gemäße soziale Gestalt zu geben. Diese Fähigkeit zur Erneuerung liegt begründet in der Zukunftsorientiertheit christlicher Reflexion.

In der Gestaltung Europas durch das Christentum hat der Protestantismus eine besondere Rolle gespielt. Von seinen geistigen Ursprungsorten Wittenberg und Genf ausgehend, hat er sich schnell über ganz Europa verbreitet, in die Niederlande, nach England und Schottland, in die skandinavischen Länder, aber auch nach Irland und Polen und sogar nach Italien und Spanien.

Diese Ausbreitung ist sicher nicht verwunderlich: Alle bedeutenden geistigen Phänomene waren europäische Phänomene. Ich denke dabei an den Humanismus, die Aufklärung, aber auch an Strömungen in unserem Jahrhundert wie z. B. den Existenzialismus.

Bereits Friedrich Schiller hat in seiner „Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ betont, daß es die Reformation war, die die nordischen Mächte Dänemark und Schweden in das europäische Staatensystem zog, weil sich der protestantische Staatenbund durch ihren Beitritt verstärkte und weil dieser Bund ihnen selbst unentbehrlich wurde.

Noch wichtiger erscheint mir aber der geistige Beitrag zu sein, den reformatorisches Denken zur Gestaltung des gegenwärtigen Europas beigetragen hat. Ich brauche nur einige Namen zu nennen, um diesen Beitrag für Europa anzudeuten: Luther und Calvin, Leibniz, Kant und Schleiermacher, Schiller und Goethe, Edmund Burke, Benjamin Franklin und Wilson. Leibniz mit seinem berühmten „Europaentwurf“ und Kant mit seinem philosophischen Traktat „Zum ewigen Frieden“ haben die Idee eines integrierten, freien und friedlichen Europas direkt befruchtet. Zur Verdeutlichung seien einige Sätze aus der Schrift von Kant angeführt:

„... so muß es einen Bund von besonderer Art geben, den man den Friedensbund ... nennen kann, der vom Friedensvertrag ... darin unterschieden sein würde, daß dieser bloß einen Krieg, jener aber alle Kriege auf immer zu endigen suchte. Dieser Bund geht auf keinen Erwerb irgendeiner Macht des Staates, sondern lediglich auf die Erhaltung und Sicherung der Freiheit eines Staats, für sich selbst und zugleich anderer verbündeter Staaten ... Die Ausführbarkeit ... dieser Idee der Föderalität, die sich allmählich über alle Staaten erstrecken soll und so zum ewigen Frieden hinführt, läßt sich darstellen. Denn wenn das Glück es so fügt: daß ein mächtiges und aufgeklärtes Volk sich zu einer Republik ... bilden kann, so gibt diese einen Mittelpunkt der föderativen Vereinigung für andere Staaten ab, um sich an sie anzuschließen und so den Freiheitszustand der Staaten ... zu sichern, und sich durch mehrere Verbindungen dieser Art nach und nach immer weiter auszubreiten.“

Ich brauche nicht allzu ausführlich die Aktualität dieser Worte aus dem Jahre 1795 begründen: Die Völker Europas, die sich in zwei Weltkriegen bekämpft haben, leben nun seit über dreißig Jahren in Frieden miteinander.

Die Liste hervorragender geistiger Leistungen von Protestanten für die Herausbildung des europäischen Denkens ließe sich beliebig verlängern. Ich weise auf einen Aspekt hierbei ausführlicher hin:

Wenn wir den großen Wohlstand in unserer Gesellschaft betrachten, so sollten wir uns vergegenwärtigen, daß die Erarbeitung dieses Wohlstandes mit der Existenz der protestantischen Ethik zusammenhängt; dies natürlich nicht in einem unmittelbaren, sondern in einem historischen Sinn. Hierauf hat besonders eindrucksvoll Max Weber in seinen gesammelten Aufsätzen zur Religionssoziologie bereits 1920 hingewiesen.

Luther war sich mit Thomas von Aquin noch darin einig, daß die berufliche Stellung des Menschen sich aus der göttlichen Vorsehung heraus ergebe. Galt aber noch für Thomas von Aquin die weltliche Arbeit als sittlich indifferenter Bestandteil des Kreatürlichen, so betonte Luther hingegen: Das einzige

Mittel, für Gott wohlgefällig zu leben, ist nicht Überbietung der innerweltlichen Sittlichkeit durch mönchische Askese, sondern ausschließlich die Erfüllung der innerweltlichen Pflichten, wie sie sich aus der Lebensstellung des einzelnen ergeben. Luther meinte sogar, daß die Erfüllung der beruflichen Pflichten der einzige Weg sei, Gott wohlzugefallen.

Im Calvinismus wurde die Bedeutung der innerweltlichen Arbeit als noch gewichtiger aufgefaßt. Die bisherige Beziehung zwischen religiösem Leben und irdischem Handeln wurde grundsätzlich anders bestimmt. Irdischer Wohlstand wurde zum Zeichen für die Erkennbarkeit des Gnadenstandes. Anstelle der demütigen Sünder, denen Luther die Gnade verheißt, wuchsen jene selbstgewissen „Heiligen“ heran, wie wir sie in den puritanischen Kaufleuten jenes heroischen Zeitalters wiederfinden. Zur Erlangung dieser Selbstgewißheit wurde als hervorragendes Mittel die rastlose Berufsarbeit vorgegeben.

Ganz und gar säkularisiert mündet dieser Gedankenstrom in den Tugendkatalog Benjamin Franklins ein. In ihm wird das Ideal des kreditwürdigen Ehrenmannes dargestellt, der Gedanke der Verpflichtung des einzelnen an der Vergrößerung seines Kapitals. Und doch wird hier nicht einfach eine Lebens-technik, eine Art „Way of Life“, sondern eine Ethik gepredigt, die ihre Anstöße von Luther und dem Calvinismus erhielt und sich entscheidend auf die Arbeitsgesinnung von Unternehmern und Arbeitnehmern ausgewirkt und damit zur Entstehung unserer modernen Wirtschaft beigetragen hat.

Auch heute sind die Kirchen zur aktiven Mitwirkung am Aufbau eines vereinigten Europas aufgerufen. Dabei kann die Autorität der Kirchen sicher nicht für ein bestimmtes politisches Modell in Anspruch genommen werden. Aber sie haben überall dafür einzutreten, daß bestimmte geistige Werte geachtet werden, daß es den Christen in der Welt nicht schwer oder gar unmöglich gemacht wird, nach den Regeln ihres Glaubens zu leben und daß sie selbst die für ihr Wirken unerläßliche Freiheit genießen.

Die Kirchen können daher nicht tatenlos zusehen, wenn eine neue, die nationalen Einrichtungen über-

steigende Struktur aufgebaut wird. Sie müssen sich daran beteiligen, sie müssen ihren Beitrag leisten, auch wenn ihn nicht alle willkommen heißen mögen.

Es hat nichts mit Romantik oder Abendlandswärmerei zu tun, wenn man von einer spezifischen Verantwortung der Christen für die europäischen Fragen spricht. Es geht vielmehr um sehr zeitgemäße und konkrete Probleme, an deren bestmöglicher Lösung alle interessiert sein müßten. Es geht nicht um Rechtsansprüche oder Machtstreben der Christen, es geht um die Achtung vor einigen grundlegenden Werten und Erfahrungen, ohne die ein menschenwürdiges Leben auf Dauer nicht möglich ist.

Ich denke dabei etwa an die Fürsorge für die ausländischen Arbeiter und ihre Familien. Den Kirchen müssen alle ihre Söhne und Töchter gleich nahe stehen; sowohl die Bewohner der hochindustrialisierten Gebiete als auch die ausländischen Arbeitnehmer, die das Fortbestehen der wirtschaftlichen Erfolge bei uns entscheidend mit ermöglichen. Die Kirchen können nicht schweigen, wenn die Not dieser Menschen ausgenutzt wird. Ungerechte Zustände können zu Agitation und Zerstörung mißbraucht werden. Die Kirchen, die mit ihrer Seelsorge, ihren sozialen Diensten und ihren Verbänden tagtäglich auf die menschlichen Auswirkungen dieser Probleme stoßen, sind dazu verpflichtet, durchgreifende Maßnahmen auf europäischer Ebene zu fordern, wann immer sich eine Möglichkeit dazu ergibt.

Ein weiterer wichtiger Bereich, in dem sich die Kirchen engagieren, ist die Grundwertedebatte, die zur Zeit auch in der Bundesrepublik Deutschland geführt wird. Die europäische Dimension dieser Auseinandersetzung wird deutlich, wenn man an die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950 denkt. Diese Konvention hat die Grund- und Freiheitsrechte völkerrechtlich garantiert, was in der Geschichte ohne Beispiel ist und auch heute noch einzigartig dasteht.

Diese beiden Beispiele zeigen, daß in sehr vielem, was die Kirchen täglich tun, eine europäische Dimension enthalten ist. Für die Kirchen mögen Einzelheiten des Wahlrechts und Details der büro-

kratischen Technik unerheblich sein, Europapolitik ist aber eine Sache, die sie ganz entscheidend berührt.

Die katholische Kirche hat daraus erste Schlußfolgerungen gezogen. Noch unter Kultusminister Bernhard Vogel forderte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken:

„über die Bemühungen der Laienarbeit hinaus nicht zu vergessen, daß die Kirche als solche sich ganz bewußt den in Europa anstehenden Fragen zuwenden muß, und zwar gemeinsam“.

Es reiche nicht aus, wenn die einzelnen nationalen Bischofskonferenzen europäische Dimensionen und Maßnahmen mit einbezögen, sie müßten vielmehr

„eine gemeinsame Struktur schaffen, an den Brennpunkten des europäischen Geschehens präsent sein, ihre Vorstellungen verbindlich einbringen und die Kooperation mit den europäischen Gremien und Institutionen suchen“.

Erst später wurde von allen katholischen Kanzeln eine Erklärung von fünfzehn katholischen Bischofskonferenzen europäischer Länder verlesen. Diese Erklärung ließ es nicht als utopisch erscheinen, daß die europäischen Länder eines Tages dauerhaft zusammenfinden. Die Zukunftsmöglichkeiten könnten voll ausgeschöpft werden, wenn die Nationen vom krassen Egoismus und einem durch die weltpolitische und weltwirtschaftliche Entwicklung überholten Herrschaftsstreben abrückten. Die katholischen Bischöfe forderten die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten und betonten, Entwicklungshilfe im europäischen Maßstab dürfe kein Almosen, sondern müsse „brüderliche Hilfe“ sein.

Die katholische Kirche hat es nicht bei programmatischen Äußerungen belassen, sie hat auch vielerlei praktische Konsequenzen gezogen. Ich denke dabei z. B. an eine vielfache Präsenz in Brüssel, wie z. B. durch das sogenannte Katholische Büro.

Auch im evangelischen Raum gibt es eine Vielzahl von Kräften, die europäische Interessen bekunden. Aus den Anfangsjahren der Integration bestehen lockere Zusammenschlüsse, wie z. B. für die Evangelischen Akademien, die Studen-

tenseelsorge, die Landjugendarbeit und die Frauenarbeit.

In Brüssel gibt es seit den frühen sechziger Jahren intensive Bemühungen um eine Förderung der evangelischen Arbeit. Sie erfolgte, initiiert von dortigen Beamten, unter ökumenischen Vorzeichen. Aus diesen Bemühungen ging im Laufe der Zeit eine „Kommission von Kirchen“ bei der Europäischen Gemeinschaft hervor.

Im Mai dieses Jahres trat der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer in Hilchenbach unter dem Thema „Europa im Werden“ zusammen. Der Kongreß gab ein klares Votum für eine baldige politische Einigung Europas ab. In den Diskussionen wurde gefordert, vom Nebeneinander in Europa zu einem Miteinander zu kommen. Durch mehr Information und durch persönliche Begegnungen müsse der Bevölkerung in den europäischen Ländern die Europapolitik nähergebracht werden.

Dies ist in meinen Augen ein sehr gutes Beispiel dafür, daß die Protestanten einen wichtigen Beitrag für den Aufbau eines freien und vereinten Europas leisten können.

Heute, ein Jahr vor der Direktwahl, muß das politische Engagement der Bürger geweckt werden, denn es geht darum, Europas Zukunft zu gestalten. Dabei muß jedoch für uns alle eines unabdingbar sein: Wir wollen ein demokratisch-pluralistisches Europa und nicht ein Volksfronteuropa. Mit besonderer Wachsamkeit sind daher die Aktivitäten der italienischen und französischen Kommunisten zu beobachten, die, um ihre Forderungen durchzusetzen, seit einigen Jahren versuchen, auf europäischer Ebene die Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen zu intensivieren.

Heute, zwanzig Jahre nach ihrer Gründung, blickt die Europäische Gemeinschaft auf eine ereignisreiche und schwierige, aber auch erfolgreiche Vergangenheit zurück. Wir alle müssen uns aus unserem christlichen Verständnis heraus für Europa einsetzen und die Verständigung der Völker noch mehr als bisher fördern. Mit dem entschiedenen Engagement der Protestanten wird die Entwicklung auch in Zukunft weitergehen. Der Protestantismus darf in Europa nicht fehlen.

Über den politischen Dienst der Evangelischen Kirche in Deutschland

Erwin Wilkens

Die evangelische Kirche hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute umfassend mit politischen Struktur- und Entscheidungsfragen befaßt. Es waren kirchlich-theologische Gründe, die zu der Entdeckung von Staat, Politik und Gesellschaft als einem auch seitens der Kirche auszufüllenden Wirkungsfeld geführt haben. Daher herrscht auch in Kirche und Theologie eine breite Übereinstimmung darin, daß der kirchliche Dienst die äußeren Lebensbedingungen des Menschen nicht außer acht lassen darf und zur kritischen Begleitung der politischen und gesellschaftlichen Umwelt bereit sein muß.

Um so bedrängender ist es für die evangelische Kirche, daß es ihr bisher offenbar nicht ausreichend gelungen ist, ihr Verständnis einer politischen Mitwirkung allgemein überzeugend zu vertreten. Vielmehr begegnet ihr verstärkt der Vorwurf, sie sei zu einem solchen politischen Dienst nicht legitimiert, sie vernachlässige zudem immer mehr die Grundfunktionen der Kirche in Gottesdienst, Verkündigung und Seelsorge. Diese Meinungsverschiedenheiten beruhen aber letzten Endes auf unterschiedlichen Positionen in der Begründung einer politischen Ethik, in denen sich verschiedene Traditionen in Theologie und Frömmigkeit sowie unterschiedliche geschichtliche Erfahrungen geltend machen. Die hier vorliegende Spannweite in den theologischen Grundmustern deute ich nur kurz an.

Auf der einen Seite haben wir es mit Versuchen zu tun, Kriterien für politische Strukturen und politische Entscheidungen als Analogie zum Heilsgeschehen in Jesus Christus zu gewinnen. Oder man versucht politisches Handeln mit der Hoffnung auf das Reich Gottes zu verbinden und aus ihm abzuleiten. Es entsteht ein theologisches Konzept von großer Geschlossenheit, das geeignet erscheint, starke Initiativen zur Veränderung der Welt auszulösen. Man muß aber fragen, ob nicht auf diese Weise der politische Meinungsstreit in einen

Kampf um ewige Wahrheiten verwandelt wird. Zudem ist eine Verständigung über theologisch begründete Politik in einem weltanschaulich neutralen Staat und in einer religiös pluralen Gesellschaft schwerlich zu erreichen.

Auf der anderen Seite macht man ebenfalls biblische Grundwahrheiten für politische Strukturen und Entscheidungen geltend, indem man bei dem Liebes-, Dienst- und Versöhnungsgedanken einsetzt. Auf diese Weise werden wichtige Motive und Beurteilungshilfen für politisches Handeln gewonnen. Gerade in einer solchen Mobilisierung humanitärer Verpflichtungen liegt für die Kirche die Chance, die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen. Aber materiale Gestaltungs- und Entscheidungskriterien sind daraus für eine konkrete Politik, sieht man einmal von Grenzfällen ab, noch nicht abzuleiten. Diese ergeben sich vielmehr aus einer gehörigen Anstrengung menschlicher Vernunft als des allen zugänglichen Mediums allgemeiner Verständigung. Der politische Dienst der Kirche wird sich also in den allgemeinen Dialog einordnen, eine der Wirklichkeit entsprechende politische Argumentation lernen und auf eine vorrangige Verbindlichkeit verzichten müssen.

Der große Eifer, mit dem manche Gremien und Gruppen den politischen Dienst der Kirche betreiben, steht also in einem argen Mißverhältnis zur tatsächlichen Gesprächslage über Grundlagen der politischen Ethik. Der politische Dienst kirchlicher Organe und Gremien kann ohne Schaden für die Glaubwürdigkeit der Kirche und für ihre Gemeinschaft nur fortgesetzt werden, wenn es gelingt, ein höheres Maß an Übereinstimmung im Verständnis dieses Dienstes zu erreichen. Es ist unumgänglich, in diese Arbeit die Vorgänge und Erfahrungen der letzten Jahrzehnte einzubeziehen. Wie ergiebig ein solcher Rückblick sein kann, soll im folgenden an einigen Sachverhalten beispielhaft erläutert werden.

Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

In die Geschichte des politischen Dienstes der evangelischen Kirche gehören die Erfahrungen der NS-Zeit von 1933 bis 1945 mit hinein. Die Deutung des in dieser Zeit von der Bekennenden Kirche geführten Kirchenkampfes hat sich auf die politische Ethik der späteren Jahre erheblich ausgewirkt. Der Kirchenkampf hatte sein Thema in der Abwehr deutschchristlicher und später auch unmittelbarer staatlicher Eingriffe in Lehre, Leben und Ordnung der Kirche. Nach einer weit verbreiteten Auffassung habe aber die Bekennende Kirche nicht erkannt, daß dieser Kirchenkampf zugleich auch eine politische Entscheidung bedeutet habe. Unter diesem Urteil hat der Theologe Karl Barth dann ganz folgerichtig seine christologisch begründete Lehre vom politischen Gottesdienst entwickelt. Er empfiehlt seinen deutschen Freunden im Sommer 1945 ausdrücklich, auch ihrerseits den Kirchenkampf in diesem Sinne neu zu interpretieren:

„Es kam ihrem Land und Volk nicht zugute“, sagt Karl Barth, „daß sie ihm das weitergehende Zeugnis verweigert haben, das ich, in die Verantwortung gegenüber meinem eigenen Volk und Land zurückgekehrt, nicht länger unterdrücken konnte: das Zeugnis des politischen Gottesdienstes“.

Ich glaube nun allerdings, daß diese Sicht der Dinge einer Korrektur bedarf. Die Bekennende Kirche hat in der Tat die größten Anstrengungen gemacht, den kirchlichen Charakter und die theologische Motivation ihres Widerstandes glaubwürdig zu vertreten und jeden Verdacht auf mangelnde Staats-treue und Volksverbundenheit immer wieder zu zerstreuen. Wir sollten darin weder Taktik noch Unvermögen sehen, sondern vielmehr eine bewußte Entscheidung für eine bestimmte kirchliche und theologische Grundhaltung. Das von Karl

Barth und seinen Schülern vertretene Verständnis vom politischen Gottesdienst hat die Integration des politischen in den kirchlichen Widerstand und umgekehrt zur Folge. Der für die Interpretation des Kirchenkampfes zu Unrecht vergessene Hans Asmussen sagt dagegen zum Aufstand am 20. Juli 1944 gegen Adolf Hitler:

„Ich bejahe diesen Aufstand von ganzem Herzen; aber eine Theologie des Aufstandes gegen die eigene Regierung wage ich nicht zu schreiben. Ein solcher Aufstand stellt den Aufständigen in Einsamkeit vor Gott. Das Urteil wird – bei Erfolg und Mißerfolg – erst am jüngsten Tage gesprochen. Ich habe Männer zu diesem Aufstand eingeseget, unauffällig und der Schwere der Minuten bewußt. Wie schwer wird dann das Wort, und wie gewichtig das Gebet, obschon wir nicht wissen, was wir beten sollen. Denn mit der Bitte, daß es gelingen möge, ist ja nichts getan“.

Der Kirchenkampf und die bedeutsamen Erklärungen der Bekennernden Kirche sind offenbar für die Begründung einer christologisch bestimmten Lehre vom politischen Gottesdienst nicht geeignet. Ihre politische Dimension muß anders beschrieben werden. Hans Asmussen macht dazu eine Schlüsselaussage zum politischen Verständnis des Kirchenkampfes:

„Wir traten 1933 nicht an, um den nationalsozialistischen Staat zu bekämpfen. Wir wußten aber nicht, daß wir es trotzdem taten. Denn wir durchkreuzten seine Pläne“.

Die Bekennernde Kirche war demnach ein politischer Faktor, weil sie inmitten der Diktatur für Gottesdienst, Verkündigung und kirchliches Leben einen Raum der Freiheit in Anspruch nahm. Solange die Kirche dies tut, ergibt sich daraus für den Staat der ihm zustehende Platz, auf dem ihm ein Übergriff auf das Gewissen und auf letzte Sinnfragen verwehrt ist. Auch die Kirche erhält ihren Rang, der es ihr verbietet, in Äußerungen zu politischen und gesellschaftlichen Vorgängen theologische und politische Schul- oder Parteimeinungen zu vertreten. In dieser Rangordnung wird Verwirrung gestiftet, wenn sich die Kirche mehr mit Meinungen als mit Gewißheiten befaßt oder gar bloße Meinungen als feste Gewißheiten ausgibt. Die Kirche ist dann politisch und politisch

dann auch am wirksamsten, wenn sie ihrem Auftrag folgt, den Menschen das Heil in Jesus Christus zu verkündigen. Darum verwirft die sechste These der Barmer Theologischen Erklärung vom 31. Mai 1934 die falsche Lehre,

„als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen“.

Gegen den politischen Mißbrauch der Schuldfrage

Die nächste Station für eine Besinnung zum politischen Dienst der evangelischen Kirche bildet die Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 19. Oktober 1945 in Stuttgart. Dieses allgemein als „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ bezeichnete Wort wurde gegenüber einer Reihe von führenden Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen gesprochen. Es gilt vielen bis heute als der Beginn eines neuen Kapitels politischer Mitverantwortung der Kirche im Sinne eines politischen Gottesdienstes, zugleich als ein kirchliches Schuldbekenntnis für den „unpolitischen“ Charakter des Kirchenkampfes. Auch hier wird man sehr viel genauer interpretieren müssen.

Die Erklärung spricht zunächst von der großen Gemeinschaft der Leiden und von der Solidarität der Schuld, in der sich die Vertreter der evangelischen Kirche mit dem deutschen Volk befinden:

„Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist menschliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden“.

Mit diesen Sätzen geriet die EKD in einen ersten großen Konflikt mit Gemeinden und Öffentlichkeit in Fragen politischer Verantwortung. Die eigentlich doch voll zutreffend formulierten Sätze über deutsche Schuld wurden weithin als Bekenntnis deutscher Kollektiv- und Alleinschuld verstanden, durch die ein Strafhandeln der Siegermächte am deutschen Volk legitimiert werden sollte. Dabei hatten sich die Verfasser der Stuttgarter Erklärung in ihren Gesprächen mit den ökumenischen Gästen ausdrücklich gegen

einen politischen Mißbrauch der Schuldfrage verwahrt. Landesbischof Theophil Wurm warnte die fremden Mächte davor, einem Kreislauf der Vergeltung zu verfallen und auf diese Weise die nationalsozialistische Propaganda von den Absichten der Siegermächte mit dem deutschen Volk zu rechtfertigen. Auch die weiteren Versuche, die Stuttgarter Erklärung als einen kirchlichen Beitrag zur Selbstbesinnung und zur Erneuerung des deutschen Volkes durchzusetzen, schlugen nicht durch. Der Rat der EKD hatte den Fehler gemacht, eine im kleinen Kreis von Freunden entstandene Formulierung ohne eine Verständnishilfe unverändert an die Öffentlichkeit zu geben.

Das Behaften bei einer Schuld geht trotz eines übergreifenden Verantwortungszusammenhangs auf den einzelnen. Darum hätte das damalige Wort des Rates der EKD kriminelle, politische, moralische und metaphysische Schuld deutlich bei Namen nennen und voneinander unterscheiden müssen, wie der Philosoph Karl Jaspers es damals tat. Auch wenn die verschiedenen Ebenen von Schuld aufeinander einwirken, so verlangt doch jede die ihr eigentümliche Weise der überführenden Argumentation. Hier liegt die große Schwäche der damaligen Erklärung. Mit Recht sagt daher Hans Asmussen zu dem Stuttgarter Wort, das er selbst mit unterzeichnet hat:

„Die Gleichsetzung von religiöser, moralischer, juristischer und politischer Schuld überführt ... den Schuldigen nicht. Das von ihm verlangte Schuldbekenntnis ist darum immer irgendwie erpreßt“.

Die Stuttgarter Aussagen zur Schuldfrage schließen mit einem Satz, der zwar häufig zitiert, aber selten in der öffentlichen Erörterung bedacht worden ist. Für sich selbst und im Namen der ganzen Kirche sprechen die Ratsmitglieder aus:

„Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben...“

Mit dieser Anklage steht die Stuttgarter Erklärung in einem engen Zusammenhang mit den auf die zentrale Aufgabe der Kirche bezogenen Grundlagen des Kirchenkampfes. Es hat sich gezeigt, daß dieses Bekenntnis neue Ge-

meinschaft schafft und den anderen über die Solidarität der Schuld für einen neuen Anfang gewinnt. Dieser neue Anfang hat sich damals als ein wichtiger internationaler Dienst der evangelischen Kirche an der Bundesrepublik Deutschland erwiesen.

Mutigeres Bekennen, treueres Gebet, fröhlicherer Glaube, brennendere Liebe: das alles hätte für die Entlarvung der Unmenschlichkeit des Dritten Reiches weitreichende Folgen haben können. Dazu bedurfte es keines neuartigen politischen Gottesdienstes, sondern einer größeren Treue und Entschlossenheit zur Predigt des Wortes Gottes in Gesetz und Evangelium.

Als Streiterin für weltanschauliche Unabhängigkeit

Die bisher bedachten Grundlinien einer politischen Ethik hatten sich an den großen politischen Themen der letzten dreißig Jahre zu bewähren. So haben die Organe der EKD zur staatlichen Ordnung des deutschen Volkes und zu seiner politischen Wiedervereinigung starke Akzente gesetzt. Zwei Merkmale treten dabei deutlich hervor: die Scheu vor einem hohen nationalen Pathos und die Betonung einer weltanschaulichen Unabhängigkeit. Diese Haltung hat der evangelischen Kirche den für viele auch heute noch wirksamen Vorwurf eingetragen, sie habe die traditionelle Verbundenheit des deutschen Protestantismus mit Volk, Nation und Vaterland verloren. Doch die Behutsamkeit an diesem Punkt ist nicht gleichbedeutend mit einer Absage an die Solidarität, in der die Kirche mit dem geschichtlichen und politischen Ergehen des Volkes verbunden ist. Es soll daher daran erinnert werden, daß die Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung im Jahre 1968 eine Studie zu den „Friedensaufgaben der Deutschen“ veröffentlichte, die an dem Ziel einer politischen Gemeinschaft der Deutschen im Rahmen einer europäischen Ordnung festhält.

Die gegenwärtige politische und staatliche Spaltung Deutschlands vollzog sich so, daß Menschlichkeit und Friede gefährdet wurden. Von

daher ist auch die kirchliche Mitwirkung an der deutschen Frage bestimmt. In der Verordnung des Menschlichen und der Menschenrechte gegenüber allen anderen politischen Zielsetzungen liegt ihre eigentliche Leidenschaft. Deshalb heißt es in einer Synodalerklärung der EKD von 1956:

„Das Evangelium ist nicht dazu da, um uns Deutschen die politische Wiedervereinigung zu schaffen; es öffnet uns aber das Ohr für den Notschrei der Opfer der Trennung und gibt uns die Freiheit, ihre Überwindung von Gottes Gnade zu erbitten, für sie zu arbeiten und alles zu unterlassen, was sie hindert“.

Die EKD hat ihren Teil dazu beigetragen, Möglichkeiten der Annäherung zwischen den beiden Teilen Deutschlands auszuloten. Solange es kirchlich zu verantworten und politisch möglich war, hat sie ihre eigene organisatorische Gemeinschaft zwischen Ost und West bis zur Gefahrgrenze des Mißverständnisses und des Mißbrauchs in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Es ist deshalb auch nicht zufällig, daß bis heute ein großer Teil der menschlichen Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands kirchlichen Ursprungs und Charakters ist.

Vielen stellt sich der politische Dienst der evangelischen Kirche im Rückblick als eine lange Kette von Grenzüberschreitungen gegenüber dem kirchlichen Auftrag dar. An dieser Stelle muß jedoch einer Legendenbildung entgegengetreten werden. Wohl haben die Leitungsorgane der EKD zu allen großen politischen Entscheidungen die Gewissensfragen zur Geltung gebracht und damit der öffentlichen Diskussion jeweils einen unersetzlichen Dienst geleistet. Im ganzen haben sie sich aber ausdrücklich an die Erkenntnis gehalten, daß politische Meinungen, und seien sie noch so richtig, nicht in der Autorität des Wortes Gottes vertreten werden dürfen.

Im Spannungsbereich politischer Entscheidungen

Diese Linie hat die EKD in ihren amtlichen Äußerungen auch zu den Fragen durchgehalten, die ihr die

allergrößte Not bereitet haben, nämlich zur Wiederaufrüstung, zur atomaren Frage, zum Problembereich von Krieg und Frieden überhaupt. Zwei Dinge trafen zusammen. Daß sich aus der weltpolitischen Entwicklung bereits im Jahre 1950 eine Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland für das westliche Verteidigungsbündnis ergab, haben um der inneren Lage des deutschen Volkes willen manche Persönlichkeiten der evangelischen Kirche nicht für überzeugend gehalten. Es kam hinzu, daß sich die sittliche Bewertung der Androhung und Anwendung kriegerischer Gewalt im Umbruch befand.

Die christliche Tradition hat bekanntlich versucht, durch Aufnahme der antiken Lehre vom gerechten Krieg den Krieg als eine sittlich beschreibbare Größe erkennbar und wirksam bleiben zu lassen. Ist es schon zweifelhaft, ob die kasuistische Struktur dieser Lehre mit reformatorischer Ethik vereinbar ist, so setzte sich immer mehr die sittliche Überzeugung durch, daß die nuklearen Waffensysteme die Möglichkeit eines gerechten Krieges ausschließen.

Welche Konsequenzen aber haben die sittliche Ächtung und die politische Sinnlosigkeit einer Rede vom gerechten Krieg? Sicherlich zunächst diese, daß ein mit nuklearen Waffen geführter totaler Krieg zu verwerfen ist und daß alle militärischen Anstrengungen dem Ziel einer Friedenssicherung und damit einer Kriegsverhütung zu dienen haben. Wenn aber die nuklearen Waffen den Krieg überhaupt sittlich, politisch und militärisch ad absurdum geführt haben, müssen sie dann nicht in jeder Hinsicht geächtet werden, also auch als ein Mittel politischer Friedenssicherung und einer vorläufigen Verhütung des großen Atomkrieges? Die in der EKD geführte Diskussion hat gezeigt, daß diese abstrakte Logik angesichts des Vorhandenseins nuklearer Waffensysteme nicht durchzusetzen ist. Die Diskussion

hat die Theologie auch darüber belehrt, daß sie in komplizierten politischen Zusammenhängen sehr bald in eine Sackgasse gerät, wenn sie sich allein auf theologische Deduktionen stützt und die Beteiligung an der politischen Argumentation unterläßt. Die in der EKD bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen wurden nicht überwunden. Was dies für die kirchliche Gemeinschaft bedeutet, blieb ebenfalls strittig, wenn auch die EKD-Synode von 1958 die Gemeinschaft am Evangelium den Gegensätzen im politischen Handeln überordnete.

Ich halte es für eine wichtige Aufgabe der theologischen Ethik, die Fäden der ehemals groß angelegten Diskussionen über Aufgaben und Möglichkeiten einer Ethik des Friedens wieder aufzunehmen. Nicht daß Kirche und Theologie umfassende Programme in eigener Zuständigkeit entwerfen sollten. Kirche und Theologie müssen aber wieder gesprächsfähigere Partner für diejenigen Institute, Wissenschaftler und Politiker werden, die sich um Fragen der Sicherung des Friedens und der Zukunft der Menschheit bemühen. Nur so kann verhindert werden, daß der kirchliche Beitrag zur Friedensfrage auf die Ebene frommer Wünsche gerät.

Die Ostdenkschrift — ein seelsorgerlicher Dienst

Schließlich darf hier ein Hinweis auf den Beitrag der EKD zur deutschen Ostpolitik nicht fehlen. Das ist mit der vom Rat der EKD veröffentlichten Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ verbunden. Diese Denkschrift hat seit ihrem Erscheinen im Jahre 1965 Verständnis und Mißverständnis des politischen Dienstes der evangelischen Kirche entscheidend bestimmt.

Zur Bewertung dieser Denkschrift ist zunächst daran zu erinnern, daß sich die politische Führung aller Richtungen der Aufgabe entzog, an einer Neuordnung des Verhältnisses zu Polen wirksam zu arbeiten. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen und bei nüchterner Prognose unter der Voraussetzung des Friedens konnte eine Änderung der

Gebietsverhältnisse gegenüber Polen nicht erwartet werden.

Die evangelische Kirche hat die Ostdenkschrift von Anfang an weder als eine politische Aktion noch als ein verbindliches Prophetenwort, sondern als einen seelsorgerlichen Dienst betrachtet. Der Sturm um das Tübinger Memorandum von 1962 hatte einen Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit, eine irrationale Überschneidung von Zukunftshoffnungen und Zukunftserwartungen hinsichtlich des Verhältnisses zu Polen deutlich werden lassen. In jenen Jahren wehrte sich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen den Verlust der deutschen Ostgebiete, den eine gleiche Mehrheit für unausweichlich hielt. Ein durch Trotz und Unsicherheit gleichermaßen gekennzeichnetes Wunschdenken stellte eine seelsorgerliche Aufgabe.

Die Denkschrift gibt über ihr theologisches Fundament ausführliche Auskunft. Die Kirche muß sich davor hüten, für politische Überzeugungen theologische Begründungen liefern zu wollen. Erst dann kommen die politischen, geschichtlichen, rechtlichen, völkerrechtlichen und menschlichen Faktoren eines bestimmten Problemfeldes ungeschmälert ins Spiel. Daß dies in der Ostdenkschrift so gut gelungen ist — vielleicht besser, als es den Verfassern zunächst bewußt war —, ist die Erklärung dafür, daß die Organe der EKD und ihrer Gliedkirchen die Denkschrift von Anfang an mit großer Einmütigkeit aufgenommen haben.

Das kirchlich-theologische Ergebnis der Ostdenkschrift liegt nicht darin, daß sie ein vollständiges Konzept deutscher Ostpolitik entwickelt habe. Vielmehr warnt die Denkschrift ausdrücklich davor, die Leistungsfähigkeit der Theologie in dieser Hinsicht zu überschätzen. Der wesentliche kirchliche Beitrag wird vielmehr dadurch geleistet, daß die Denkschrift dazu anleitet, ohne Haß die Vergangenheit auch mit den Augen der anderen Seite zu sehen, ohne Verkürzungen die Wirklichkeit von heute zu erfassen und ohne Selbsttäuschung die künftigen Aufgaben der deutschen Ostpolitik in den Rahmen der weltpolitischen Möglichkeiten hineinzustellen. So betrachtet ist die Ostdenkschrift der Versuch, politische Illusionen durch schöpferische Vernunft zu bekämpfen.

Konzentrierung auf Schlüsselfragen

Diese Reihe der Beispiele für den politischen Dienst der Kirche ließe sich unschwer verlängern und bis in die Gegenwart hinein fortsetzen. Aber gerade für die Beteiligung an den großen Weltproblemen von heute müßte uns der Erfahrungsschatz unserer Kirche im Umgang mit Politik und Gesellschaft neu erschlossen werden. Eine der wichtigen Erfahrungen scheint mir die zu sein, daß der politische, der öffentliche Dienst der Kirche für gewöhnlich in zu engen Dimensionen geübt wird und auf Tagesprobleme beschränkt bleibt, so bedrängend diese auch sein mögen. Politischer Dienst der Kirche ist dann am wirksamsten und am überzeugendsten, wenn er aus einer geistlich gegründeten Distanz heraus geschieht und sich auf wesentliche Schlüsselfragen konzentriert.

In Gemeinde und Öffentlichkeit gibt es eine Erwartungshaltung gegenüber Kirche und Theologie, die einer besseren Beachtung bedarf. Die immer bedrohlicher und unlösbarer werdenden Weltkonflikte haben ein Krisenbewußtsein ausgelöst, dem eine Bereitschaft entspricht, die Grundfragen nach dem Sinn des menschlichen Lebens neu zu stellen. Damit verbindet sich nicht die Hoffnung, von den Repräsentanten und Organen der Kirche besonders wirksame Vorschläge zur Überwindung der großen Verlegenheiten der Welt zu erhalten. Aber man kann von einer Erwartung sprechen, aus dem Wesen und Auftrag der Kirche und aus der Arbeit der Theologie ließen sich Erkenntnisse und Motivationen gewinnen, die für die Bewältigung wichtiger Aufgaben in Politik, Staat und Gesellschaft, aber auch im persönlichen Leben des einzelnen sich möglicherweise als hilfreich erweisen könnten. Die Unsicherheit im gegenwärtigen Lebensgefühl des Menschen kann nur soviel überwunden werden, wie sie sich von einer Gewißheit aufnehmen läßt, die nicht in der Welt diesseitiger Rationalität verankert ist. Der an der Zukunft und damit an sich selbst zweifelnde Mensch ist offen für eine Hilfe, das Leben und die Welt neu von Gott her zu denken und zugleich in einer von daher gehaltenen Rationalität zu bestehen.

Kirchentag '77

Kirchentag weckte neue Hoffnung

Der diesjährige 17. Deutsche Evangelische Kirchentag, der in der Zeit vom 8. bis 12. Juni 1977 in Berlin stattfand, wurde zunächst zahlenmäßig ein Erfolg: Mehr als 60 000 Menschen nahmen an ihm teil; dies ist eine enorme Steigerung z. B. gegenüber den letzten beiden Kirchentagen von Düsseldorf und Frankfurt, mit der selbst die größten Optimisten nicht gerechnet hatten. Aber auch programmatisch — insbesondere in seiner breit angelegten Offenheit — zeigte sich, daß der Kirchentag dabei ist, das früher oft zu Recht kritisierte Feld der Unausgewogenheit zu verlassen.

Wo 1977 in Berlin noch agitiert und politisch einseitig informiert wurde, waren die betreffenden Gruppierungen unter sich — altbekannte Gesichter, mit genauso altbekannten Parolen — die überwiegende Mehrheit der Kirchentagsbesucher war hierauf nicht ansprechbar. Ein großer Teil der Besucher repräsentierte die wirkliche Gemeinde — jene Menschen also, denen es um mehr als nur um soziologische und ideologische Zielsetzungen ging. Man geht sicherlich nicht fehl in der Annahme, daß viele Hoffnungen, die sich früher auf die Parteien richteten, heute wieder den Kirchen zuwenden. In Berlin war dies jedenfalls deutlich zu spüren. So konnte man unschwer in Gesprächen und Diskussionen feststellen, daß auch die sogenannten „Evangelikalen“ in Berlin anwesend waren. Es wäre wünschenswert, wenn der vom 13. bis 17. Juni 1979 in Nürnberg stattfindende nächste Deut-

sche Evangelische Kirchentag den Dualismus zwischen Kirchen- und Gemeindetag beenden könnte. Die Voraussetzungen zur Verbreiterung der Mitte sind gut — sie zu unterstützen muß gerade auch unsere Aufgabe sein, wenn wir nicht mitschuldig an einer Fraktionierung innerhalb der evangelischen Laienbewegung werden wollen; man kann nur hoffen, daß die Enttäuschungen des diesjährigen Gemeindetages bei den Initiatoren die Chance des Brückenschlages vergrößert haben und zugleich die Erfolge von Berlin für das Kirchentagspräsidium zur vertrauensvollen Öffnung der Türen beitragen — denn Christen müssen in einer Zeit — in der sie von fremden Ideologien und Machtansprüchen bedroht sind — in ihrem Glauben fundamentiert fest zusammenstehen; Vorurteile müssen durch offene Gespräche beseitigt werden.

Wenn Evangelikale allerdings meinen, daß Gespräche erst nach Neubildung des Kirchentagspräsidiums im Herbst sinnvoll seien, so zeugt dies von wenig Bereitschaft des gegenseitigen Aufeinanderzugehens. Diese Haltung könnte draußen allzuleicht als eine nicht zu verstehende Arroganz gewertet werden — Vorbedingungen für Gespräche zu stellen, erscheint nach Dortmund und Berlin unverständlich. Was not tut ist das Gespräch zwischen allen Beteiligten ohne Rücksicht darauf, wer wie lange noch in seinem gewählten Amte ist.

Eindrücke vom Kirchentag in Berlin

Nahezu 100 Mitarbeiter des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU nahmen am Kirchentag in Berlin teil. In verschiedenen Ständen auf dem Markt der Möglichkeiten diskutierten sie mit Teilnehmern des Kirchentages Probleme der Dritten Welt, Fragen nach einem humanen Wohnen in Altstadt- und Neubaugebieten, die Situation der Christen in der DDR sowie die Bedeutung und Aufgabenstellung von Sozialstationen. Dann aber ging es auch um die Lage ausländischer Arbeitnehmer mitten unter uns — hierzu hatte eine Gruppe des EAK aus Hilden eingeladen, die von vielfältigen Erfahrungen und Modellen berichten konnte. Unendlich war die

Schlange der Kirchentagsbesucher, die an unseren Ständen vorbeizog — viele blieben stehen — sie wollten sich informieren und suchten das Gespräch mit dem Evangelischen Arbeitskreis. So war mit das Auffälligste an unserer Arbeit: Keine Schaudiskussionen — sondern oft — manchmal fernab der großen Menge — das ganz persönliche Gespräch — so wie es unter engagierten Christen immer und überall üblich sein sollte.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe nachzuvollziehen, was bereits vor längerer Zeit in vielen Berichten der Öffentlichkeit über den Kirchentag in Berlin mitgeteilt wurde. Wir haben uns vielmehr an einige unse-

rer Mitarbeiter gewandt und sie gebeten, uns mitzuteilen, wie ihre Eindrücke vom Kirchentag waren.

Werner Brach aus dem Saarland:

„Toleranz gewann die Oberhand“

Ein Gesprächsfetzen steht da am Anfang und hält mich gefangen, bis auf den heutigen Tag.

„Es ist wahr: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein!“ Und mein Partner fügte hinzu: „Wir bemühen uns in der DDR, im Arbeiter- und Bauernstaat, als Christen zu leben. Schön wäre es, wenn wir in Nürn-

berg wieder mit dabei sein könnten. Vielleicht mit einem größeren Kontingent". —

Erstmals hatte ja eine ganz kleine Delegation die Erlaubnis zum Kirchentagsbesuch in West-Berlin. Nur, bei vielen Gemeindegliedern im Osten wurde dieser Kirchentag erst durch das „Westfernsehen“ bekannt. Für viele zu spät, für viele blieb er gänzlich unbekannt.

War es doch gerade unser EAK-Stand 228 in Halle 6, der von Ost-West-Besuchern oft verzweifelt gesucht und dann endlich angesteuert werden konnte.

Bei unendlich vielen Einzelgesprächen mit „verzagten“ Menschen von „drüben“, immer wieder die große Sorge um die Zukunft unserer Kirche.

Sozialismuskritische Gruppen waren in der hoffnungslosen Minderheit. Die teilweise vertretene Ansicht, der Berliner Kirchentag habe eigentlich jeden in seiner schon mitgebrachten Meinung stabilisiert, scheint denn doch auf schwachen Füßen zu stehen. Ob eine echte „Pluralität“ der Meinung sich auf dem Markt der Möglichkeiten offenbarte ist zu bezweifeln; wenn dennoch ein ähnlicher Eindruck entstehen konnte, dann allein durch den Einsatz des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Das macht uns Teilnehmer in den Arbeitsgruppen etwas stolz und ist Lohn für unseren Einsatz.

Das schier nicht endenwollende Informationsbedürfnis der in Massen auf uns einströmenden Standbesucher hat uns nie ermüdet. Im Gegenteil, wir wurden mitgerissen in den Sog eines Apostulates und fühlten uns dabei wie der berühmte „Fels in der Brandung“.

Meine saarländische Arbeitsgruppe hat mir immer wieder bestätigt, daß der Kirchentag vielleicht einen Lernprozeß „in Sachen Pluralität“ in Gang setzen konnte und die „Linkslastigkeit“ gemildert wurde. Schon dieser „Minimumkonsensus“ wäre als Erfolg zu bezeichnen.

Schaut man noch zurück auf die Masse der jugendlichen Besucher des Marktes der Möglichkeiten und spürt nach den Gründen ihrer Fragen im persönlichen Gespräch, so muß man den Eindruck gewinnen, daß Toleranz die Oberhand behält, eine Tatsache, die gerade in unserer Kirche vergrabene Empfindungen wieder zu erwecken scheint.

Für unsere zukünftige Arbeit hier auf Landesebene werden uns die „Tage von Berlin“ reichlich Stimulans geben um unser Wirken weiter zu intensivieren.

Mögen uns diese Impulse recht lange erhalten bleiben!

Starker Besuch an unserem Stand

Aus Gau-Bischofsheim gibt uns Dr. Günter Vogel folgenden Kurzbbericht:

1. Sehr guter Besuch und guter Zuspruch.
2. Die Besucher kommen mit sehr gezielten Fragen (Viele davon habe ich z.T. jetzt noch mit Material versorgt!)
3. Auffallend an unserem Stand war der Besuch sehr junger Leute (um oder unter 20) und älterer Leute (über 50). Das „Mittelalter“ hat praktisch ganz gefehlt.
4. Insgesamt sind die ganzen Tage störungsfrei verlaufen. Es gab zwar auch einige harte politische Debatten. Sie konnten aber alle im ruhigen und sachlichen Ton geführt werden.

Gutes Material in der Verteilung

Pastor Ulrich Böhme schreibt aus Lübeck:

Meine positiven Eindrücke fasse ich wie folgt zusammen:

1. Art, Lage und Ausstattung des Standes
2. Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft der „Aktiven“ untereinander
3. Gesprächsbereitschaft im allgemeinen von allen Seiten
4. Gutes Material als Diskussionsgrundlage

5. Einsatz — vor allem der Jüngeren — bei der Unterschriftenaktion für Rudolf Hess und Professor Havemann

Auf zu neuen Ufern

Aus Velbert-Neviges nahm der dortige Vorsitzende der Jungen Union, Bernd Niederdrenk zusammen mit dem Velberter CDU Stadtverbandsvorsitzenden Hans-Joachim Wagner und mehr als einem Dutzend Mitgliedern der Jungen Union am Kirchentag teil. Bernd Niederdrenk nach Berlin:

Dieser Kirchentag hat in auffälliger Weise deutlich gemacht, daß der deutsche Protestantismus auf dem Wege zu neuen Ufern ist. Im

Christ sein in der DDR

Heft 1 Analyse (18 Seiten)

Heft 2 Dokumentation (26 Seiten)

Diese von Dr. Gisela Helwig verfaßten und von der Bundesgeschäftsstelle des EAK herausgegebenen Broschüren waren „Bestseller“ an den Ständen des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien beim Kirchentag in Berlin. Wir sind der Meinung, daß jeder politisch und kirchlich Interessierte diese beiden Publikationen lesen sollte. Auch in Kirchenkreisen bieten sie die Grundlage für ausführliche Diskussionen.

Gegen Einsendung des Rückportos — 0,60 DM in Briefmarken — senden wir den Lesern der Evangelischen Verantwortung sowie Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern — kostenlos, solange der begrenzte Vorrat reicht — diese Broschüre gerne zu. Bestellungen an:

Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, 5300 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 73-75.

Vergleich zum Kirchentag 1975 in Frankfurt, an dem ich auch teilnahm, ist in Berlin neben gesell-

schaftspolitischen Aspekten die theologische Ausrichtung sehr stark zum Tragen gekommen. Beeindruckt waren wir alle auch davon, wie reibungslos alles ablief – dies ist eben nur dann möglich, wenn auch die Rücksichtnahme auf den Mitmenschen gegeben ist.

SPD organisierte zu forsch

Wolfgang Vogelsgesang, Landessekretär des EAK der CSU, leitete zusammen mit dem EAK der CDU Rheinland sowie dem Bonner EAK in einer Kooperation mit kirchlichen Gruppen einen Stand zum Thema „Gemeinwesenarbeit“. Seine Eindrücke faßte Wolfgang Vogelsgesang u. a. nach dem Kirchentag folgendermaßen zusammen:

Was ängstlich unterdrückt, bewußt verschwiegen oder ganz einfach vergessen wurde: man erhielt in Berlin wenig Information über die Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs. Dabei ist „die geistliche Gemeinschaft“ zwischen der Kirche hüben und drüben „ausdrücklich festgehalten, und wir praktizieren sie auf vielfältige Weise, ohne daß dies unter dem Titel ‚gesamtdeutsch‘ zu verrechnen wäre“, sagte Bischof Krusche aus Magdeburg. So war es gut, daß der Evangelische Arbeitskreis das Thema „Christen in der DDR“ anging. Eine Analyse und eine Dokumentation wurden vorgelegt. Taiwan, Timor, Südafrika, Chile – das waren Länder, die auf dem Markt der Möglichkeiten vielfältig bedacht waren. Von den 16 Millionen Men-

Evangelische Verantwortung 7-8/77

schen hinter der Mauer sprach fast nur die Union.

... Viel interessanter ist die Tatsache, daß das Referat „Kirchen“ beim Bundesvorstand der SPD wohl etwas zu forsch organisierte: die „Spitzen“ der SPD waren breit aufmarschiert. So breit, daß am vorgesehenen Ort für andere Aktionen nur wenig Platz blieb. Was geboten wurde – insbesondere von Brandt und Bahr – waren jedoch auch nichts anderes als politische Reden aus dem Bierzelt, auf den Kirchentag übertragen ...

EAK-Presseerklärungen während des DEKT

Scharfe Kritik an Gollwitzer

Berlin: Gegen die Ausführungen während des Kirchentages von Professor Gollwitzer zum Buback-Mord hat sich Dr. Gottfried Mehnert aus Kiel, Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU mit aller Entschiedenheit verwahrt. In nicht zu verantwortender Weise habe Gollwitzer den Buback-Artikel des Göttinger ASTA für richtig und zur Beleuchtung der Situation für notwendig gehalten. Es ist – so erklärte Dr. Mehnert am Rande des Kirchentages in Berlin – keine qualifizierte Beurteilung dieses Göttinger Artikels, wenn Gollwitzer lediglich den Satz über die „klammheimliche Freude“ als einen taktischen Fehler beanstandet. Auch Gollwitzers Kritik an der Trauerfeier für die Opfer des Buback-Mordes sei mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Es ist peinlich – so Dr. Mehnert – wenn Gollwitzer mitfühlende Worte für die Mörder und ihre Angehörigen bei der Trauerfeier vermisst habe, aber über die Angehörigen der Ermordeten nichts zu sagen hatte. Gollwitzer mache sich mit diesen Aussagen, die keine Ablehnung der terroristi-

schen Gewalttaten erkennen ließen, als Christ ein weiteres Mal unglaubwürdig.

Unionsabgeordnete auf dem Kirchentag

Bonn/Berlin: Zahlreiche Politiker der Unionsparteien aus Bund und Land haben seit Donnerstag früh den 17. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin besucht und in einer Vielzahl von Einzelgesprächen mit Kirchentagsteilnehmern die Losung des Kirchentags „Einer trage des anderen Last“ diskutiert. Dabei ging es im wesentlichen um Fragen der Entwicklungs- und Sozialpolitik sowie um die Frage nach der Situation der Christen im anderen Teil Deutschlands.

Im einzelnen waren anwesend: **Dr. Gerhard Schröder**, MdB, Bonn; **Dr. Werner Dollinger**, MdB, Neustadt/Aisch; Staatssekretär **Prof. Dr. Roman Herzog**, Mainz/Bonn; **Peter Lorenz**, MdA, Berlin; **Dr. Ursula Besser**, MdA, Berlin; **Arnulf Borsche**, MdL, Frankfurt; **Dr. Hans-Ulrich Klose**, MdL, Düsseldorf; **Dr. Manfred Wörner**, MdB, Göppingen; **Ludwig Gerstein**, MdB, Dortmund;

Dr. Hanna Neumeister, MdB, Kreienzen/Niedersachsen; **Waltrud Willfeld**, MdB, Bernkastel-Kues; **Dr. Carl-Dieter Spranger**, MdB, Ansbach; **Manfred Schmidt**, MdB, Wuppertal; **Dr. Jürgen G. Todenhöfer**, MdB, Kaiserslautern; **Peter Höffkes**, MdB, Nürnberg; **Dr. Helga Wex**, MdB, Mülheim/Ruhr; **Dr. Philipp von Bismarck**, MdB, Hannover.

Wie der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Dr. Peter Egen mitteilte, hat der Evangelische Arbeitskreis bewußt darauf verzichtet, mit seinen maßgebenden Repräsentanten auf dem Kirchentag eine Politische abzuhalten; es entspräche dem Selbstverständnis des Kirchentages in Berlin, das persönliche Gespräch mit den Besuchern zu führen und nicht den Kirchentag mit parteipolitischen Aussagen zu überlasten. In diesem Zusammenhang wurde auch Kritik an der Extra-Ausgabe Nr. 2 des Berliner Sonntagsblattes geübt, dessen Titelseite der eines sozialdemokratischen Magazins entspräche. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West) müsse sich fragen lassen, ob sie dies mit ihrem Auftrag in ausgewogener Form über den Kirchentag zu informieren, aufrecht erhalten könnte.

Schwarz-Rot-Gold wird in Windhuk eingeholt

Herbert Hupka

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich einen Initiativantrag von 94 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen die geplante Schließung des Konsulats der Bundesrepublik Deutschland in Windhuk (Südwestafrika/Namibia) zu eigen gemacht und am 8. Juli 1977 dem Deutschen Bundestag zur Beschlußfassung zugeleitet.

„Es trifft zu, daß die Bundesregierung erwägt, das Konsulat in Windhuk zu schließen und das Kulturabkommen, soweit es den Geltungsbereich Namibia betrifft, aufzukündigen“. Diese Auskunft erteilte am 16. Juni 1977 im Deutschen Bundestag Staatsministerin Dr. Hildegard Hamm-Brücher. Auch wenn sie im Verlauf der Fragestunde später bemerkte „Eine Schließung des deutschen Konsulats würde kein Zurückweichen vor einer bestimmten interessierten Partei bedeuten“, weisen nicht nur hierzulande die Opposition, sondern vor allem die von der Schließung in Südwestafrika betroffenen Deutschen auf den allzu deutlichen Zusammenhang zwischen dem von der marxistischen Swapo ausgeübten Druck und der beabsichtigten Konsulatsschließung hin.

Das deutsche Konsulat in Windhuk ist neben dem portugiesischen das einzige amtliche Konsulat, die anderen Staaten waren schon immer lediglich durch Honorarkonsuln vertreten. Die Bedeutung des deutschen Konsulats ist vor allem daran abzulesen, daß in Südwestafrika 9 000 deutsche Paßinhaber und wohl mehr als 15 000 Südwestafrikaner deutscher Herkunft oder Abkunft wohnen und daß laut Auskunft des Vizekonsuls täglich etwa 50 Fälle von Rat suchenden Deutschen und deutschstämmigen nach persönlicher Vorsprache bearbeitet werden müssen.

Die Bedeutung des Konsulats ist ohnehin schon auf Druck von außen, das heißt entsprechend den mit der Swapo sich identifizierenden Vereinten Nationen dadurch gemindert worden, daß es nicht mehr dem Generalkonsulat in Südafrika, sondern Bonn unmittelbar

unterstellt wurde und Deutschland nur noch durch einen Vizekonsul im Range eines Kanzlers I. Klasse vertreten wird.

Die Swapo, repräsentiert durch Sam Nujoma außerhalb der Grenzen und durch Daniel Tschongarero im Lande selbst, hat sich damit nicht zufrieden gegeben, obwohl man fragen muß, woher die Swapo die Legitimation hernimmt, für Südwestafrika ebenso autoritär wie imperativ aufzutreten. Bekanntlich hat sich diese auf ein marxistisches, von der Diktatur einer Partei beherrschtes Namibia zielende „Befreiungsbewegung“ nicht an der sogenannten Turnhalle, wo elf ethnische Gruppen ein Konzept für morgen erarbeitet haben, beteiligt.

Über die Politik der Bundesregierung gegenüber Südwestafrika/Namibia berichtet in einer ausführlich und fachlich hervorragend fundierten Analyse Günter Krabbe in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 12. Juli 1977. Diesen Artikel senden wir Ihnen bei Interesse kostenlos zu. Bestellen Sie ihn bitte formlos bei „Redaktion Evangelische Verantwortung, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn“.

Die Bundesregierung argumentiert damit, daß die Schließung des Konsulats nur für eine Interimszeit vorgesehen sei, also bis zur Selbständigwerdung, um auf diese Weise zu erreichen, daß unmittelbar danach volle diplomatische Beziehungen mit der neuen Regierung aufgenommen werden können. Damit bringt Bonn allerdings zum Ausdruck, daß man hier fest mit der Machtübernahme durch die Swapo rechnet, denn heute wird nur von ihr die sofortige Schließung des Konsulats gefordert. Weder die in der Turnhalle vereinigten Gruppen noch die Deutschen selbst haben jemals ein derartiges Postulat gestellt. Im Gegenteil, von beiden war zu vernehmen, daß schon die Ankündigung einer möglichen Schließung des deutschen Konsulats einen

schweren Schock auslöste und die politischen Folgen vorhergesehen werden können.

Die Schließung des Konsulats kann nur so ausgelegt werden, daß Bonn ausschließlich auf die Swapo gesetzt hat und daß es sie gar nicht stört, wenn die Deutschen allein auf sich gestellt bleiben und die auf eine demokratische Verselbständigung hinwirkenden Kräfte in ihren Erfolgchancen so tief eingestuft werden. In Windhuk war soeben zu hören, daß eine mögliche physische Bedrohung der drei der Bundesregierung unterstehenden Kräfte in die Erwägungen miteinbezogen werden müßte, falls man das Konsulat nicht schließen würde. Was aber nach Schließung des Konsulats mit den Deutschen insgesamt werden würde, scheint bislang noch nicht in die Betrachtung der Bundesregierung miteinbezogen worden zu sein.

Wer in diesem Augenblick Schwarz-Rot-Gold einzieht, macht sich schuldig, wenn morgen Rot am Fahnenmast gehißt wird. Die Bundesregierung nimmt das von der Swapo vorgelegte Ultimatum so ernst, daß sie es Punkt für Punkt erfüllt. Um vor der Swapo zu bestehen, hat es offenbar nicht ausgereicht, das deutsche Konsulat herunterzustufen, der Zentrale zuzuordnen und dem Namibia-Institut in Lusaka 100 000 Dollar zu überweisen – angeblich für Bücherankauf und Büromöbel, in Wirklichkeit zur finanziellen Unterstützung der militanten Swapo. Wer dem Machtanspruch der marxistischen Swapo dadurch zuvorkommt, daß er in dieser Übergangszeit, die wohl bis zum nächsten Jahr dauern wird, den Rückzug mit der Schließung des deutschen Konsulats antritt, trägt zur Schwächung aller freiheitlichen Möglichkeiten und zum Sieg einer neuen Diktatur im Südwesten Afrikas bei. Vor allem aber sollte das Schicksal der Deutschen, ungefähr 25 000, die Bundesregierung veranlassen, sich jeglichem Druck zu widersetzen. Oder gehört die Gefälligkeit gegenüber Marxisten schon ganz allgemein zum Grundmuster deutscher Politik?

Auseinandersetzung ESG – EAK Köln geht weiter

Der seit langem an vielen Orten feststellbare Linkstrend der Evangelischen Studentengemeinden geht weiter; zu dieser Feststellung gelangt – zumindest in Bezug auf die Kölner ESG – der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Köln, Lutz Bergemann. Bergemann hatte am 16. März dieses Jahres die sofortige Ablösung der beiden an der Kölner Uni ESG tätigen Pfarrer gefordert, da er der Meinung war, den Nachweis führen zu können, daß die ESG in Köln u. a. mit linksextremen Gruppen eine Aktionsgemeinschaft bilde.

Zur Untermauerung seiner Aussage hat Lutz Bergemann jetzt eine ca. 150 Seiten starke Dokumentation vorgelegt, in der er systematisch den Nachweis bringt, wie und wo die Querverbindungen der ESG laufen. Die Auswertung von mehr als 100 Flugblättern und sonstigen Dokumenten ergibt eine Fülle höchst interessanter Anhaltspunkte; diese Dokumentation kann gegen einen Unkostenbeitrag von 5,- DM beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU Köln, z. Hd. Lutz Bergemann, Georgstraße 18, 5000 Köln 1 bezogen werden. Der Versuch der ESG Köln, gegen Bergemann aufgrund seiner Erklärung vom 16. März 1977 eine Unterlassungsklage zu erreichen, schlug im übrigen fehl.

In einem Anschreiben, das der o. a. Dokumentation vorangestellt ist, heißt es u. a.:

Bis zum heutigen Tage haben eine Reihe von Gesprächen und Beschlüssen innerhalb des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Köln, wie auch Gespräche und Korrespondenzen, zwischen Vertretern des EAK der CDU Köln mit Repräsentanten der Evangelischen Kirche in Köln stattgefunden. Am 22. Juni 1977 war der Vorsitzende des EAK der CDU Köln, Lutz Bergemann, vor den Pfarrkonvent des Kirchenkreises Köln-Nord geladen. Die Studentenpfarrer Schmidt und Jankowski waren anwesend. Bergemann hat sich hier den kritischen Fragen gestellt und versucht, an einer Reihe von Beispielen eingegangene Aktionsgemeinschaften der ESG Köln mit linksextremistischen, kommunistischen und anarchistischen Gruppen aufzuzeigen. Bei dieser Gelegenheit haben die beiden anwesenden Studentenpfarrer behauptet, daß das in der Dokumentation wiedergegebene Zitat, daß die ESG von sich selbst sage, sie sei: "... Bestandteil einer sozialistisch orientierten Bewegung und Bündnispartner der aus ihr entstandenen Organisationen. Wir befinden uns in einem Spektrum, in dem wir mit unseren Bündnisbemühungen einen Beitrag leisten wollen zur Konzentration der Kräfte – etwa in Form einer Aktionseinheit, ..." sei falsch zitiert.

In der sich hierauf anschließenden Diskussion konnte nachgewiesen werden, daß es sich nicht um

ein „falsches Zitat“ handelte, sondern, daß die ESG zwischenzeitlich angeblich von dieser Aussage abgerückt sei – was zu beweisen wäre – und sich nunmehr auf die Passage in ihrer Presseerklärung auf Seite 2, 2. Absatz, vom 18. März dieses Jahres bezieht.

Wir werden auch in den kommenden Wochen mit weiteren Dementis, Unterstellungen und Verleumdungen rechnen müssen. Dabei sind wir uns auch bewußt, daß wir die Eiferer unter denen, die sich mit den Studentenpfarrern der ESG Köln solidarisch erklärt haben, nicht überzeugen werden können, weil sie nicht überzeugt werden wollen. Die Kraft, Tatbestände zur Kenntnis zu nehmen, kann wohl nicht bei allen vorausgesetzt werden. Pastor Werner Marx schreibt an seine „Liebe Kolleginnen und Kollegen!“ unter dem 30. Juni dieses Jahres:

„Es war für mich beschämend, wie „fundiert“ die öffentlichen Behauptungen und Forderungen eines Mannes sind, der sich als evangelischer Christ versteht, angibt, auch aus Sorge um die Evangelische Kirche zu handeln und Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Köln ist.“

Was war für Pastor Marx beschämend? Das Tun und Handeln der ESG, die vorgetragene Beweisstücke des EAK, und was versteht Pastor Marx unter „fundiert“,

Neue Anschrift der EAK-Bundesgeschäftsstelle

Die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises sowie die Redaktion der Evangelischen Verantwortung haben ihr bisheriges Domizil in Bonn am Oberen Lindweg 2 verlassen und sind in das Konrad Adenauer Haus umgezogen.

Unsere neue Anschrift lautet:

5300 Bonn
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
Konrad Adenauer Haus
Telefonisch erreichen Sie uns wie bisher unter Bonn
(0 22 21) 54 43 06, 54 43 05 oder 54 43 02

Sollten Sie einmal in Bonn zu tun haben, würden wir uns über Ihren Besuch in unseren neuen Räumen freuen.

wenn klar vorliegende Fakten von ihm nicht zur Kenntnis genommen werden? ...

... Diese Auseinandersetzung, die von der ESG Köln, ihren Helfershelfern weiter in der Öffentlichkeit geführt wird, beendet der EAK der CDU Köln seinerseits mit der Vorlage der Dokumentation. Die Dokumentation wurde auch erstellt, um gegen den Vorwurf den Beweis anzutreten, daß der EAK der CDU Köln sich einer „grobe Verletzung der Sorgfaltspflicht“ schuldig mache. Für das Gegenteil treten wir den Beweis an.

Mögen noch so viele Sympathieerklärungen für die in der ESG in Köln Verantwortlichen erstellt,

mögen Zeitungen unter Druck gesetzt werden, um eine Veröffentlichung von Erklärungen oder Leserbriefen zu erreichen, mögen Prominente und weniger Prominente um Solidarisierungsadressen gebeten werden, wir schrecken vor der Quantität nicht zurück. Wir berufen uns auf die Qualität der Dokumentation, zu deren Herausgabe der Vorstand des EAK der CDU Köln einen einmütigen Beschluß gefaßt hat. Allein die Tatsache, daß mehr als die Hälfte aller Mitglieder des EAK der CDU Köln die an den Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Lic. Karl Immer, gerichtete Anfrage zum Auftrag, zur Aufgabe und zum Handeln der in

Köln für die ESG Verantwortlichen unterstützt und sich der Forderung des Vorstandes und des Vorsitzenden des EAK der CDU Köln anschließt, die in Köln tätigen Studentenpfarrer vom Dienst zu suspendieren, sehen wir die Aufforderung und Verpflichtung, verstanden, auch aus der Solidarität aller Demokraten, erneut an die Landeskirche, unsere Forderung zu richten. Wir als evangelische Christen stehen nicht außerhalb der Kirche — wie es die ESG-Sympathisanten darstellen, wir sind Bestandteil dieser unserer Kirche. Unsere Forderung kann daher gar kein „unzulässiger“ Eingriff in die Rechte der Kirche sein.

Aus unserer Arbeit

Vorstandswahlen beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU Rhein-Sieg

Siegburg: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU des Rhein-Sieg-Kreises (EAK) wählte im Rahmen einer Mitgliederversammlung im Haus der Evangelischen Kirche in Bonn seinen Vorstand. Der EAK hatte sich Anfang Mai in einer ersten Mitgliederversammlung konstituiert und den einhelligen Beschluß gefaßt, die evangelischen CDU-Mitglieder zu aktiver Mitarbeit in den kirchlichen und politischen Gemeinden des Kreisgebietes anzuregen.

Als Vorsitzender des EAK wurde Heinrich Otto, Lohmar, gewählt. Gleichberechtigte Stellvertreter sind Ekkehard Jacoby, Königswinter, und Dr. Gerhard Bopp, Swisttal, Schriftführer Klaus Nöldner, Bad Honnef, stellvertretender Schriftführer Norbert Wittke, Bornheim. Als voll stimmberechtigte Beisitzer wurden Frau Gisela Terhorst, Bad Honnef, Herr Klaus Pawlak, Niederkassel, Herr Helmut Weber, St. Augustin, und Herr Hugo Zimmermann, Lohmar-Wahlscheid, gewählt. Die Mitgliederversammlung beschloß, aus den nicht im gewählten Vorstand vertretenen Stadt- und Gemeindeverbänden je einen Beisitzer zu bestimmen, der mit beratender Stimme dem Vorstand kooptiert wird.

Landrat Dr. Franz Möller, MdB, der die Wahlhandlung leitete, un-

terstrich in seiner abschließenden Rede die Notwendigkeit, entschieden stärkerer Beteiligung der evangelischen Christen der CDU insbesondere an der kommunalpolitischen Arbeit. Sie seien, gemessen an der ständig steigenden Zahl evangelischer Mitbürger und Parteimitglieder, noch keinesfalls angemessen in den Stadt- und Gemeinderäten vertreten.

Das Grundsatzreferat des Abends zum Thema „Christliche Verantwortung in der Politik“, gehalten von Rudolf Orlt, Bonner Korrespondent des Evangelischen Pressedienstes (epd), löste eine zeitweilig mit großer Leidenschaft geführte Diskussion aus. Eine Diskussion, in der auch deutliche Besorgnis über die jüngste innerpolitische Entwicklung in unserem Land zum Ausdruck kam.

Unsere Autoren		
	Kai-Uwe von Hassel, MdB Bundeshaus, 5300 Bonn	Dr. Karl Hillermeier, MdL, Justizminister Elistenstraße 1a 8000 München 35
	Professor Dr. Klaus Goebel Mühlenfeld 42 5600 Wuppertal-Ronsdorf	D. Erwin Wilkens Herrenhäuser Straße 2 A Kirchenkanzlei der EKD 3000 Hannover 21
	Dr. Herbert Hupka, MdB Bundeshaus, 5300 Bonn	

Wichtige Termine

Wir laden herzlich ein zu unseren EAK-Landestagungen am

3. September 1977: Uelzen/Niedersachsen

Einladung über Dr. Philipp von Bismarck, MdB,
Bundeshaus, 5300 Bonn

10. September 1977: Neuss/Rheinland

Einladung über EAK-Landessekretariat z. Hd.
Rolf Wollziefer, Georgstraße 18, 5000 Köln 1

Bei Interesse fordern Sie bitte per Postkarte eine Einladung an.

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argeländerstraße 173, 5300 Bonn, Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.